

Personalie

Johannes Rau (SPD), nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, ist mit dem Ehrendoktor der evangelisch-theologischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum ausgezeichnet worden. Rau beteiligte sich biblisch begründet und theologisch reflektiert an einer theologischen Ethik des Politischen. Er versuche christliches Ethos in einer verantworteten Politik zu verwirklichen. In seinen öffentlichen Reden wehre er dem Verdrängen und Vergessen der neueren deutschen und christlichen Schuldgeschichte, fördere das christlich-jüdische Gespräch und übe Solidarität mit dem Staat Israel, heißt es in der Begründung. Die Urkunde der evangelischen Ehrenpromotion ist auch vom Dekan der katholischen Fakultät unterzeichnet, die damit ihre Mitfreude über die Ehrenpromotion zum Ausdruck bringen will.



Landtagsandacht

Auch im Jahr 1997 finden wieder Gottesdienste im Landtag statt. Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Peter Krug, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustinus Henckel-Donnersmarck, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am 20. März 1997 statt.



René Magritte bis Ostern

Die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, die Staatsgalerie des Landes in Düsseldorf, verlängert die Ausstellung „René Magritte – Die Kunst der Konversation“ bis Ostermontag, 31. März 1997. Rund 80 000 Besucherinnen und Besucher haben inzwischen die Ausstellung gesehen, die nach Angaben der Kunstsammlung ein großer Erfolg ist.



Das auch noch...

„Sie können Zwischenrufe machen, aber Sie können mich hier nicht permanent wie ein ostasiatischer Brüllaffe anmachen.“

Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Lothar Hegemann zu dem GRÜNEN-Fraktionssprecher Roland Appel in einer Aktuellen Stunde zum Thema Multimedia.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
8 84 30 22
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags
Redaktionsbeirat Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin, Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ute Koczny (GRÜNE), Mitglied des Fraktionsvorstands; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Sabine Lauxen (GRÜNE), Pressesprecherin
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

„Mercedes baut doch keine Autos, um damit Menschen zu verletzen.“ Einer noch gar nicht gestellten Frage kommt Annegret Krauskopf (52), SPD-Landtagsabgeordnete aus Dortmund, mit diesem Bekenntnis zum Sozial sponsoring zuvor. Keine Zweifel begleiten auch diese Aussage: „Fürs Ehrenamt braucht man Rahmenbedingungen.“

Hintergrund für Krauskopfs Äußerungen sind ihr seit fast zwei Jahrzehnten währendes Engagement für die Verkehrssicherheit, vor allem, wenn es um die Sicherheit der Kinder geht. Als Leiterin der evangelischen Kindertagesstätte Jungferntal in Dortmund-Rahm hat sie über viele Jahre die Probleme der Kinder im Straßenverkehr vor Ort miterlebt. Seit 1982 ist sie Bundessprecherin der Vorschulparlamente, in denen Eltern und Erzieher ehrenamtlich in Zusammenarbeit mit der Verkehrswacht tätig sind. 37 Vorschulparlamente hat sie mit aufgebaut, mittlerweile gibt es über 40. Mercedes fördert jedes dieser Vorschulparlamente mit jährlich 10 000 Mark. Krauskopf arbeitet weiterhin als freiberufliche Fachreferentin für Verkehrssicherheit und gehört dem Beirat der Deutschen Verkehrswacht an.

Parallel zum beruflichen und ehrenamtlichen Engagement ist Annegret Krauskopf 1979 in die SPD eingetreten und war von 1989 bis 1995 Ratsmitglied in Dortmund. In der Partei sei ihr Start ein wenig schwierig gewesen, räumt die gebürtige Essenerin ein, da sie nicht den sozialdemokratischen „Stalgeruch“ mitgebracht und sich auch nicht in der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen engagiert habe.

Deshalb hat sie lange überlegt, ob sie die ihr vor der Landtagswahl 1995 angetragene Direktkandidatur im Wahlkreis 130 übernehmen sollte. Denn noch vor der Landtagswahl 1990 hatte sich die Dortmunder SPD strikt geweigert, den Trend zur Frauenquote mitzumachen, so daß aus allen sechs Dortmunder Wahlkreisen SPD-Männer in den Landtag zogen. Doch seit 1995 gibt es Parität in der Dortmunder SPD: Drei Frauen und drei Männer vertreten die SPD der westfälischen Metropole im Landtag.

Ihrem politischen Schwerpunkt entsprechend gehört Annegret Krauskopf dem Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie an, dessen Vorsitzende sie im September 1996 wurde, nachdem ihr Vorgänger Erich Heckelmann zum hauptamtlichen Bürgermeister von Grevenbroich gewählt worden war. Ferner ist sie Mitglied im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung.

Innerhalb ihrer Partei, deren Ideologie sie natürlich mittrage, schlägt die SPD-Politikerin auch durchaus eigenwillige und kritische Töne an: „Die Erhöhung des Kindergeldes hätte ich jetzt nicht durchgesetzt“. Den wirklich Bedürftigen bringe sie auch nicht viel, da sie voll auf die Sozialhilfe angerechnet werde. Und



Annegret Krauskopf (SPD)

als „Reicher“ brauche man in dieser Gesellschaft auch nicht 20 DM mehr Kindergeld. Krauskopf fordert differenzierte statt pauschale Lösungen. Als Sozialpolitikerin scheut sie nicht vor der Feststellung zurück, daß sie „bewußte Klientelpolitik“ für die Familie betreibt, die gestärkt werden müsse. Dabei möchte sie andere Formen des Zusammenlebens nicht ausgrenzen, es geht ihr um die „kleinste gesellschaftliche Einheit“.

Angesichts der Finanznöte werde die Jugendhilfearbeit in den Städten zu oft als freiwillige Aufgabe verstanden, für die die Mittel gekürzt werden könnten, kritisiert Krauskopf. Deshalb müßten diese Aufgaben „verbindlich festgeschrieben“ werden. Dann, so ist sie überzeugt, „wird sich auch das Bewußtsein der Kommunalpolitiker ändern“. Daneben gelte es, die Jugendhilfearbeit dadurch zu straffen, daß die Träger öfter gemeinsam Aufgaben angingen.

Auf die Kritik läßt Krauskopf aber auch Verständnis für die Kommunen folgen: Die Städte und Gemeinden dürften nicht so überfordert werden, wie dies der Bund zuletzt mit der Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz getan habe. In den Kindergärten müsse sich aber einiges ändern. So müßten etwa die Öffnungszeiten flexibler auf die Nachfrage und Bedarf ausgerichtet sein. Aus ihrer beruflichen Tätigkeit kommt die Erfahrung, daß Widerstände gegen solche Neuerungen oft von den Personalräten kommen, während die Mitarbeiter in der Regel dazu bereit seien. Im Landtag will sie sich dafür einsetzen: „Das Kindertagesstättengesetz muß einen flexibleren Rahmen setzen.“

In ihrer Freizeit kümmert sich die Familienpolitikerin Krauskopf am liebsten um ihre beiden Enkel: „Das ist eins der schönsten Dinge der Welt.“

Ludger Audick

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)